

# GRÜNE für RUM

An einen Haushalt · Postentgelt bar bezahlt

## Liebe Rumerinnen und Rumer,



Sie halten hier die 5. Ausgabe unserer Zeitung in der Hand. Es hat sich wieder einiges getan. Wir können – obwohl kleinste Fraktion – auch von Erfolgen unserer Arbeit berichten.

Eine Veränderung hat sich in unserer Fraktion ergeben. **Roman Zenz hat sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt:** Er hat mit der Endphase seines Lehramtsstudiums begonnen – und neben seinem Brotberuf als Radiologisch-technischer Assistent an der Klinik und der Obmannschaft des Kulturvereins Rumhängen wurden die Belastungen sehr groß. Beruf, Studium, politische Tätigkeit, kulturelle Tätigkeit: der junge Mann ist ja wirklich ein Tausendsassa. Und als Perfektionist wollte er keine Kompromisse mit der Qualität seiner Arbeit schließen. Roman bleibt der grünen Gruppe aber als Berater und Denker erhalten – da sind wir froh drum.

**Mit Bernhard Kirchebner hat ein erfahrener Mann das Mandat übernommen.** Bernhard hat schon bisher im Verkehrsausschuss und in der Immobiliengesellschaft mitgearbeitet, hat alle Gemeindebudgets für uns immer penibel analysiert und kennt daher die Gemeinderatsarbeit sehr genau. Mit Bernhard Kirchebner haben wir einen echten Fachmann für Bau- und Verkehrsökologie im Team.

**Auch Ingrid Tentschert hat sich noch stärker als bisher in die Gemeindearbeit eingebracht.** Ein Ergebnis unserer Bemühungen um mehr Integration in unserer Gemeinde ist, dass als Unterausschuss des Sozialausschusses ein Ausschuss für Integrationsfragen gegründet wurde – unter GRÜNER Führung. Ingrid Tentschert leitet den Ausschuss. Seither tun sich auch in Rum allmählich einige Dinge in der so wichtigen Integrationsfrage.

*Michael Bürkle*

Michael Bürkle, Gemeinderat

## Seniorentaxi – auf halbem Weg stecken geblieben ...



**16. Mai 2008:** die Rumer GRÜNEN beantragen ein „Seniorentaxi“. Ältere Menschen, die Probleme mit ihrer Mobilität haben, sollen zu den Zeiten, in denen es keinen öffentlichen Verkehr zwischen den Rumer Ortsteilen gibt (also nach 18 Uhr und am Samstag und Sonntag), sehr günstig auf Taxis zurückgreifen können. Vorbild war für uns die Stadt Bregenz. Dort können SeniorInnen um € 3,50 innerhalb von Bregenz ein Taxi benützen, wenn es keine öffentliche Linie gibt.

**31. März 2009, 10 Monate später:** der Gemeinderat beschließt endlich über unseren Antrag. Allerdings ist einiges anders. Die SPÖ-Mehrheit will nur eine Erweiterung des Frauen-Nachttaxis. Für die männlichen Senioren ist da

nichts vorgesehen. Und der Preis soll € 5,- betragen. Deutlich mehr als in Bregenz. (Das Gutschein-System von Bregenz sei zu kompliziert, sagt Vizebürgermeister Trescher in der Sitzung.)

Naja: ein kleiner Fortschritt ist es. In Kürze – wenn zwischen der Gemeinde und den Taxiunternehmen endlich die Verträge unterschrieben sind – kann man also als Frau nach 18 Uhr und am Wochenende relativ günstig ein Taxi benützen. Trotzdem: wir haben das Gefühl, dass das beantragte Seniorentaxi auf halbem Weg stecken geblieben ist. Hat die SPÖ Angst vor den Kosten? Das Frauen-Nachttaxi hat die Gemeinde bisher keine 1000 Euro jährlich gekostet. Eine Ausweitung nach Bregenzer Muster hätten wir uns locker leisten können. War die Idee von der falschen Seite?



## Häufige Fragen zur Zuwanderung

### ■ Was versteht man unter „Zuwanderern“ / „MigrantInnen“?

MigrantInnen sind primär Menschen, die nach Österreich kommen, um hier zu leben und zu arbeiten. Viele wandern auch über familiären Nachzug zu.

### ■ Braucht Österreich MigrantInnen?

Ja. Die Geburtenrate ist in Österreich so gering (1,42!), dass das Sozialsystem mittelfristig ohne MigrantInnen ins Kippen gerät. MigrantInnen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unseres Sozialsystems. Ohne MigrantInnen müssten wir viel mehr Steuern und Sozialabgaben bezahlen.

Auch der Arbeitsmarkt kommt ohne MigrantInnen nicht aus. Deshalb sind auch die Vertretungen der Wirtschaftstreibenden für eine geplante Zuwanderung.

### ■ Was versteht man unter „Asylwerbern“?

AsylwerberInnen sind Menschen, die nach Österreich gekommen sind und hier aufgrund politischer Verfolgung (genauer: Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung) um Asyl angesucht haben, deren Asylverfahren aber noch nicht abgeschlossen ist.

### ■ Was versteht man unter „Asylanten“?

Der Begriff „Asylant“ wird oft abwertend und missverständlich verwendet.

Es geht um Flüchtlinge, die in Österreich in einem Rechtsverfahren Asyl erhalten haben, weil sie nachweislich politischer Verfolgung (genauer: Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung) ausgesetzt waren.

### ■ Sind die meisten Zuwanderer Asylanten?

Nein. Flüchtlinge und AsylwerberInnen machen unter den Migrant-

# Neu-Rum als Heimat für alle, die hier leben

**Wir, die wir in Neu-Rum wohnen,** waren fast alle irgendwann einmal „Zuzügler“, ich z.B. vor 33 Jahren. Dass in den letzten Jahren auch vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund hier eine Wohnung zugewiesen bekommen haben, scheint nicht allen zu behagen und hat leider auch zu einigen Problemen geführt.

Die Gemeinde Rum hat auf Anfragen bzw. einen Antrag der GRÜNEN reagiert und einen Ausschuss für Integrationsfragen unter GRÜNEM Vorsitz eingerichtet. Dieser Schritt zeigt, dass auch in unserem Ort die Wichtigkeit und Dringlichkeit eines respektvollen und toleranten Zusammenlebens anerkannt wird.

Angestrebt wird nicht die Vereinheitlichung, sondern die **Vereinbarkeit** der unterschiedlichen Werthaltungen und Lebensentwürfe.

Das Ziel aller Maßnahmen soll die **Verbesserung des sozialen Klimas** in unserem Ortsteil sein.

Den Nachbarn/die Nachbarin kennenlernen, miteinander reden, Misstrauen abbauen, Missverständnisse ausräumen, auch Missstände abstellen.

Derzeit planen wir folgendes:

1. Auf Anregung des Integrationsausschusses der Gemeinde lädt die Wohnbaugenossenschaft Frieden die BewohnerInnen ... zur Mitgestaltung des Hofes ein. Dieses kleine Projekt ermöglicht ein gemeinsames Arbeiten an einer Sache, man kann seine Wünsche einbringen und miteinander in Kontakt treten. Wir hoffen auf rege Beteiligung aller Interessierten.
2. Da die Sprache das Hauptverständigungsmittel ist, ist ein „ABC-Kaffee“, ein Bildungsprojekt des BFI für Frauen mit Migrationshintergrund gestartet worden.
3. Es soll eine Anlaufstelle für Beschwerden / Verbesserungsvorschläge, eine Art Schlichtungsstelle in Neu-Rum eingerichtet werden.

Dass das Zusammenleben vieler mit unterschiedlichen Interessen, kulturellen Hintergründen, von Alt und Jung... nicht immer reibungslos gehen kann, scheint plausibel. Dass aber jeder und jede einen positiven Beitrag leisten kann, auch das ist eine Realität, die hoffentlich nicht nur Utopie bleibt.

Ingrid Tentschert

Obfrau Integrationsausschuss

Innen nur einen kleinen Anteil aus. So gab es am 1.12.2008 insgesamt 456.720 Personen in Österreich mit einem aufrechten „Aufenthaltstitel“; im Jahr 2008 wurden bis zu diesem Zeitpunkt nur 11.526 Asylanträge gestellt.

#### ▪ Sind die Grünen für Zuwanderung?

Ja, in vertretbarem Rahmen. Österreich braucht Zuwanderung. Wir kommen ohne Zuwanderung nicht aus.

Unabhängig von der normalen Zuwanderung sind wir aber auf jeden Fall für das Menschenrecht auf Asyl. Wir sind gegen einen Abbau der Menschenrechte aufgrund von Problemfällen.

#### ▪ Ist das Problem der Zuwanderung neu?

Nein. In Österreich wandern seit Jahrhunderten Menschen zu. Man schaue sich nur unsere Telefonbücher an: im Osten wanderten z.B. Menschen aus der damaligen Tschechoslowakei und aus Ungarn zu, im Westen eher aus Italien. Ohne diese Arbeitskräfte hätten viele wichtige Projekte (z.B. Arlbergbahn) nicht entstehen können. Auch aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen seit Generationen Menschen zu uns und leisteten für unsere Wirtschaft wesentliche Beiträge.

Durch die Ausweitung der EU und die Hebung demokratischer und ökonomischer Standards sind viele Länder, aus denen früher Menschen zu uns kamen, als Herkunftsländer nicht mehr von Bedeutung. Dafür haben andere Länder bzw. Erdteile an Bedeutung gewonnen.

#### ▪ Können MigrantInnen, die Straftaten begehen, abgeschoben werden?

Ja, bei Vorliegen bestimmter Bedingungen. Eine Abschiebung ist die gesetzliche Maßnahme zur Durchsetzung eines Aufenthaltsverbots. Ein Aufenthaltsverbot kann lt. sog. „Fremdengesetz“ gegen einen „Fremden“ erlassen werden „wenn auf Grund bestimmter Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, dass sein Aufenthalt die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet“.

#### ▪ Wie kommt es zu einem Aufenthaltsverbot?

Ein Aufenthaltsverbot wird gegen einen Menschen, der nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, erlassen, „wenn auf Grund bestimm-

ter Tatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, dass sein Aufenthalt die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet“. Im § 2 des Fremdengesetzes werden Kriterien, die zu einem Aufenthaltsverbot führen können, aufgezählt: unter anderem strafbare Handlungen mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer teilbedingten Strafe von mehr als sechs Monaten, Prostitution, Zuhälterei, Schlepperei, Finanzvergehen, Scheinehe, aber auch mehrmalige Verwaltungsübertretungen, unrichtige Angaben gegenüber Behörden, kein Nachweis des rechtmäßigen Besitzes der Mittel für den Unterhalt.

#### ▪ Ist die Abschiebung eines „Fremden“ immer möglich?

Nein. Wenn etwa das Heimatland des abzuschiebenden Menschen unbekannt ist oder sein Heimatland nicht bereit ist, den Abzuschiebenden aufzunehmen, ist eine Abschiebung nicht möglich.

#### ▪ Sehen die GRÜNEN die Probleme, die Zuwanderung mit sich bringt, nicht?

Doch. Wir sehen aber neben den Problemen auch die Notwendigkeit der Zuwanderung. Es geht darum, die zweifellos existierenden Probleme zu erkennen und im Interesse aller zu lösen. Ausgrenzung, Ablehnung und Ungleichbehandlung in Schule, Berufswelt oder auch im allgemeinen Gesellschafts- und Sozialleben dienen aber niemals der Lösung von Problemen, sondern erzeugen nur neue Schwierigkeiten und vertiefen Gräben.

#### ▪ Heißt Integration, dass man den Ausländern hilft?

Integration hilft ALLEN! Integration heißt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zu einem friedlichen und konstruktiven Miteinander kommen können. Integration betrifft deswegen AusländerInnen und InländerInnen, Zugewanderte wie Ansässige gleichermaßen; sie soll beide Gruppen unterstützen.

#### ▪ Nehmen uns „die Ausländer“ Arbeitsplätze weg?

Für sehr viele Arbeitsplätze, für die Österreich ausländische Arbeitskräfte ins Land holt, gibt es kaum einheimische BewerberInnen. Das gilt für die Schwerindustrie gleichermaßen wie etwa für den Pflegebereich.

Selbstverständlich müssen für diese Arbeitskräfte die gleichen gesetzlichen Bestimmungen gelten wie für inländische Arbeitskräfte; das bezieht sich auch auf Aufstiegsmöglichkeiten. Jede arbeitsrechtliche Aushöhlung würde letztlich auch einheimischen Arbeitskräften schaden.

#### ▪ „Österreich den Österreichern“. Wir müssen die Mauern hochziehen!

„Österreich den Österreichern“, „Tirol den Tirolern“, „Rum den Rumern“, „die Serlesstraße den Serlesstraßlern“ – das sind Botschaften der Engstirnigkeit, die den Ernst der Lage nicht begreifen.

Unsere Gesellschaft benötigt Zuwanderung. Wir sollten die Menschen, die zu uns kommen, als Partner mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten begreifen.



Eine hervorragende Klärung vieler Begriffe rund um Migration und Asyl findet man z.B. im „Lexikon“ der Organisation „Zebra“ unter [www.zebra.or.at/faqs1.html](http://www.zebra.or.at/faqs1.html)

# Hubschrauberlandeplatz Privatklinik Hochrum –

## Geschichte und Stand der Dinge



**Die Unfallchirurgie** der Privatklinik Hochrum möchte PatientInnen per Hubschrauber nach Rum bringen lassen und informiert darüber im November 2008 den Gemeindevorstand. Es bildet sich darauf eine Bürgerinitiative gegen den Landeplatz. Am 11. 12. 2008 geht die Privatklinik mit einer Informationsveranstaltung für Anrainer an die Öffentlichkeit. Dabei stellt sich u. a. heraus, dass

- nur PatientInnen bis NACA III in Rum behandelt werden können und sollen
- für den Transport vom Landeplatz in die Klinik selbst ein Rettungsgewehr bereitgestellt werden müsste und würde

Ich habe bei der Informationsveranstaltung geklärt, was NACA III bedeutet: NACA ist eine internationale Einteilung des Schweregrades von Verletzungen. Sie reicht von NACA I (z. B. leichte Hautabschürfungen) bis zu NACA VII (Tod). NACA III sind z. B. Knochenfrakturen oder Luxationen.

Die Gemeinde hat im Genehmigungsverfahren übrigens kein Einspruchsrecht, wohl aber ein Recht auf eine Stellungnahme. Genehmigen muss den Flugplatz die Bezirksverwaltungsbehörde.

In der Folge haben wir das Thema am 22. Dezember in den Gemeinderat gebracht, indem wir einen Dringlichen Antrag stellten, sodass Bgm. Kopp das Problem auf die Tagesordnung setzte. In der Gemeinderatsitzung wurden 2 Anträge einstimmig angenommen, nämlich unserer und einer von Vizebgm. Trescher, der u. a. einen Demonstrationsflug forderte.

### Unsere Position

Unserer Meinung nach ist die Sinnhaftigkeit eines Hubschrauberflugplatzes nicht gegeben; er ist für die Privatklinik ein fragwürdiger „Luxus“, der zwar die Unfallchirurgie etwas aufwertet, aber auch negative Folgen für andere Bereiche des Sanatoriums

hätte. Die PatientInnen müssen weiterhin in ein Rettungsgewehr umgeladen werden; ob das in Hochrum oder am Flugplatz in Innsbruck geschieht, macht keinen wesentlichen Unterschied.

Der Flugplatz würde eine deutliche Belastung der Anrainer, der anderen PatientInnen des Sanatoriums und des Naturschutzgebiets Alpenpark Karwendel darstellen. Wir glauben, dass der Flugplatz einer UVP zu unterziehen ist, denn er liegt im Siedlungsgebiet und am Rande von Schutzgebiet und er ist nicht dominierend für Rettungseinsätze vorgesehen. Wir sind dafür, dass die Gemeinde Rum ein öffentliches Interesse geltend macht, dass es zu keiner Errichtung eines Flugplatzes kommt.

Wir sind allerdings dafür, die Sache seriös und ohne Ressentiments und v. a. nicht als parteipolitisches Spielchen abzuhandeln. Die Gemeinde

Rum hat zweifelsohne ein Interesse daran, dass das Sanatorium/die Privatklinik ein florierender Betrieb ist. Wir erkennen an, dass das Sanatorium selbst aktive Informationspolitik betrieben hat und den Konsens mit der Gemeinde und den Anrainern sucht. In diesem Sinn sollte das Sanatorium die Pläne aufgeben oder selbst im Interesse der Rechtssicherheit eine UVP beantragen.

Heute (15. 5. 2009) liegt lt. dem Vorsitzenden des Infrastrukturausschusses immer noch keine Aufforderung zur Stellungnahme vor; der Geschäftsführer der Privatklinik sagt, der Antrag liege bei der Behörde.

Vieles deutet darauf hin, dass die Sache einstweilen ruht. Eventuell ruht sie bis zur nächsten Gemeinderatswahl. Die ist am 14. März 2010. Dann sollten danach starke GRÜNE im Gemeindevorstand vertreten sein.

Michael Bürkle

## Umweltverträglichkeitsprüfung?

Die Errichtung von Hubschrauberlandeplätzen ist eigentlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen (§ 3 UVP-G). Das gilt aber nicht, wenn sie für die Landesverteidigung oder „überwiegend für Rettungseinsätze“ dienen. (UVP-G, Anhang 1, Z 14: „Neubau von Flugplätzen, ausgenommen Segelflugfelder und Flugplätze für Hubschrauber, die überwiegend Rettungseinsätzen, Einsätzen der Sicherheitsverwaltung, der Erfüllung von Aufgaben der Landesverteidigung oder der Verkehrsüberwachung mit Hubschraubern dienen;“)

Wir sind eigentlich der Meinung, dass diese Ausnahmen nicht sinnvoll sind. Dass nicht **alle** Hubschrauberlandeplätze in Siedlungsgebieten einer UVP zu unterziehen sind,

verdanken wir übrigens der damaligen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung.

Da die Privatklinik Hochrum nur bis zu NACA III behandeln kann, sind Flüge nach Hochrum nicht überwiegend als Rettungsflüge (sondern als „Ambulanzflüge“) zu klassifizieren: wir glauben deshalb, dass die Ausnahme nach Z 14 des Anhangs 1 zum UVP-G nicht zutrifft. Wir haben diese Stellungnahme auch in den Gemeinderat gebracht; der Gemeinderat hat diese Meinung einstimmig geteilt.

Generell ist eine UVP natürlich kein Schutz vor dem Hubschrauberlandeplatz. Sie würde allerdings allen Anrainern wesentliche verbesserte Einflussmöglichkeiten geben. Eine UVP könnte im Sinne der Rechtssicherheit auch die Privatklinik Hochrum selbst beantragen. Wir haben das empfohlen.

# Fernwärme –

## Idee gut, Ausführung mangelhaft

**In der Sitzung** des Infrastrukturausschusses am 19. März stellte die Gemeindeführung ein anspruchsvolles Fernwärmeprojekt vor. Industrielle Abwärme der TRM in Hall sollte eingefangen und zur Beheizung von Wohnungen in Neurum und im O-Dorf verwendet werden. Überraschend am Projekt war vor allem, dass die Gemeinde ihren eigenen Auftrag – eine Machbarkeitsstudie für eine Biomasseheizanlage (also: Fernwärme über Holz) – plötzlich völlig verändert hatte.

Wir fanden die Idee der Fernwärme aus industrieller Abwärme im Prinzip sehr gut. Die Haushalte sparen eigene Heizungsanlagen; es entstehen deshalb viele Heizungsabgase nicht mehr, die Luft wird besser; industrielle Abwärme wird genutzt, statt einfach an das Klima abgegeben zu werden; ein Industriebetrieb wird unterstützt – dadurch werden dort Arbeitsplätze gesichert; und es wird in Zeiten der Wirtschaftskrise von der öffentlichen Hand investiert, indem für die Errichtung des Werks Arbeitsplätze geschaffen werden. Die vorgestellten Pläne waren zwar noch etwas unausgegoren – Würden wirklich so

viele Betreiber von Heizungsanlagen in Neurum und im O-Dorf auf Fernwärme umstellen wollen? Wäre es sinnvoll, relativ neuwertige Gasheizungen schnell zu ersetzen? Sind die Errichtungskosten (ca. 12 Mio. Euro) nicht extrem knapp bemessen? Ist die Planung ohne Ingenieurbüro seriös? Wie könnte eine Ausfallsicherung aussehen? – aber die Idee als solche ist natürlich unterstützenswert. Die Energiegewinnung aus erneuerbaren Rohstoffen (das Abkoppeln von Erdöl und Erdgas) ist sicherlich eine Aufgabe, in der auch die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände aktiv werden sollen. (Wir hatten ja z.B. schon im Jahr 2005 vorgeschlagen, das Biogas, das jeden Sommer auf den Rumer und Thaurer Feldern stinkt, in eine kommunale Energieerzeugung einzubinden – weniger Gestank, dafür mehr Energie.)

Es sollte dazu eine Fernwärme Ges.m.b.H. gegründet werden: mit den Hauptpartnern Gemeinde Rum und Innsbrucker Kommunalbetriebe und den TRM Hall als weiterem Partner. In der Gemeinderatssitzung vom 31. März stand die Gesellschaftsgründung bereits auf der Tagesordnung.

Leider zog die IKB am Tag vor der Gemeinderatssitzung ihre Bereitschaft zurück: auf Befehl des IKB-Miteigentümers TIWAG, die für ihre Gesellschaft TIGAS eine Konkurrenz fürchtete. Wir waren deshalb in der Gemeinderatssitzung der Meinung, dass man das Projekt auf jeden Fall weiterhin verfolgen sollte, aber auf seriöserer Grundlage.

### Was lernen wir aus der Sache?

- Eine gute Idee haben ist nicht alles. Man muss auch die Klugheit besitzen, die entsprechenden Partner rechtzeitig ins Boot zu holen.
- Gute Ideen scheitern in Österreich überhaupt und in Tirol im Besonderen sehr oft an den herrschenden Machtverhältnissen.
- Lieber gründlich als schnell-schnell.

Wir sind dafür, das Fernwärmeprojekt mit den TRM Hall weiterhin zu betreiben, aber wir müssen es auf eine gesunde Ebene stellen. Die Stadt Innsbruck bzw. die IKB wären geeignete Partner; auch die TIGAS kann ins Boot geholt werden. Die Idee ist zu wertvoll, um in Husch-Pfusch-Aktionen verbraten zu werden. Sowieso brauchen wir aus Gründen der Ausfallsicherheit weitere Energielieferanten im Projekt: Biogas ist deshalb weiterhin ebenfalls aktuell; selbstverständlich sollte man auch die Stadt Hall mit ihrer Fernwärme nicht ignorieren.

Es wäre einiges zu tun ...

# Grüne Zustimmung

## zum Rumer Budget 2009

„**Bis 2011** verlieren Tiroler Gemeinden rund 50 Millionen Euro!“ titelt die TT am 7. April. Die Wirtschaftskrise aber vor allem auch die rot-schwarze Steuerreform wird sich ab 2009 auf die Gemeinden massiv auswirken. Die rot-schwarzen Koalitionen auf Bundes- und Landesebene verteilen diverse „Zuckerln“, die jedoch letztendlich die Gemeinden durch Steuerzufälle und fehlende Zuschüsse zu tragen haben.

Das Rumer Gemeindebudget für 2009 berücksichtigt diese negativen Entwicklungen und setzt nach Jahren der großen Investitionen auf Zurückhaltung und Konsolidierung.

Während bei der Abstimmung im Gemeinderat die Rumer ÖVP-Listen die beleidigten Diven spielten und die Mandatäre „mangels Einbindung in die Budgeterstellung“ das Budget ablehnten, entschloss sich unsere Grüne Gemeindegruppe in Zeiten großer Herausforderungen symbolischer an einem Strang zu ziehen und das Budget mitzutragen. Natürlich ist es wichtig mit Augenmaß auch 2009 Investitionen in kommunale Einrichtungen vorzunehmen und damit die regionale Wirtschaft zu unterstützen. Derartige Investitionen laufen in Rum jedoch vor allem über die Immobilien Rum GmbH und diese setzt



**Roman Zenz übergibt das Mandat an Bernhard Kirchebner**

2009 auf thermische Sanierung der VS Serlesstraße und erneuerbare Energie – ganz im Sinne unserer GRÜNEN Forderungen. Weiters werden für die Planung eines Ortsteilzentrum Neu-Rum EUR 40.000,- veranschlagt, was bezogen auf unseren Antrag vom 17. 12. 2007 als erster Schritt gesehen werden kann. **Bernhard Kirchebner**

# GRÜNE Anträge und Anfragen

## Auswahl der wichtigsten seit Mai 2008

**ANTRAG** **Seniorentaxi**  
Die Marktgemeinde Rum möge – ähnlich wie in der Vorarlberger Landeshauptstadt Bregenz – die Einrichtung eines Seniorentaxis planen und umsetzen. [...]

**Erledigung:** Erweiterung des Frauen-Nachttaxis im März bzw. Mai 2009 (s. Artikel S. 1)

**ANTRAG** **Verbreiterung Radweg am Inn**  
Die Marktgemeinde möge dafür sorgen, dass der Radweg am Inn – so weit er auf Gemeindegebiet liegt – verbreitert wird. Außerdem soll mit den östlichen Nachbargemeinden Kontakt aufgenommen werden, dass dieser Ausbau nicht auf Rum beschränkt bleibt.

**Erledigung:** keine. Gemeinde betrachtet sich nicht als zuständig.

**ANTRAG** **Kindergärtnerin mit Türkisch-Kenntnissen**  
Für den Kindergarten Neurum soll die Stelle einer zusätzlichen Kindergärtnerin geschaffen und ausgeschrieben werden. Diese soll über Türkisch-Kenntnisse verfügen. [...]

**Erledigung:** keine. Eine Helferin mit Türkisch-Kenntnissen sei vorhanden, das genüge.

**ANFRAGE** **Integrationsmaßnahmen**  
• Welche Integrationsangebote bietet die Gemeinde Rum derzeit zuziehenden BürgerInnen nicht-deutscher Muttersprache?  
• Welche unterstützenden Maßnahmen setzt die Gemeinde Rum derzeit für hier wohnende BürgerInnen bei auftretenden Problemen im Bereich Integration / Migration?  
• Gibt es eine Zusammenarbeit mit der Stadt Innsbruck im Bereich Integration/Migration für die Ortsteile Neurum bzw. Olympisches Dorf?

**Erledigung:** keine (siehe Presseausendung „Keine Antwort ist auch eine“)

**ANTRAG** **Integrationskonzept**  
Unter Federführung des Sozialausschusses und unter Mitarbeit der Ausschüsse für Kultur, für Schule, für Sport und für Infrastruktur soll die Gemeinde Rum ein umfassendes Integrationskonzept entwickeln, das insbesondere  
• integrationsfördernde Maßnahmen für zuziehende Menschen

nichtdeutscher Muttersprache und  
• integrationsfördernde und unterstützende Maßnahmen für einheimische Menschen vorsieht.

**Erledigung:** Mittlerweile wurde ein Integrationsausschuss unter GRÜNER Leitung eingerichtet.

**ANFRAGE** **Schulwegsicherung**  
• Wurden in der Zwischenzeit an der Kreuzung Dörferstraße/Wiesenweg über die Rotfärbung des Zebrastreifens hinaus weitere Schritte unternommen, um eine Sicherung dieser Kreuzung zu erreichen?  
• Wurden Maßnahmen für eine optische Verengung der Dörferstraße im Bereich Wiesenweg bzw. östlich davon gesetzt oder sind solche Maßnahmen in Planung? (Laut § 12 (2) Bodenmarkierungsverordnung ist die Anbringung einer Sperrlinie bzw. Sperrfläche auf unübersichtlichen Straßenstellen auch im Ortsgebiet möglich.)  
• Wurden Gespräche mit den Innsbrucker Verkehrsbetrieben bezüglich einer Verkürzung der Haltestellenbuch Rum-Ost geführt, um dadurch eine besser einsehbare Auftrittfläche für den Schutzweg errichten zu können und damit den Anforderungen der StVO zu entsprechen?  
• Inwiefern wird daran gedacht, den Schutzweg zum Wiesenweg in Form eines Gehsteigs fortzusetzen?

**Erledigung:** keine

**ANTRAG** **Appell an die Landesregierung wegen PendlerInnenförderung**  
Der Rumer Gemeinderat appelliert an den zuständigen LHStv Steixner und die Tiroler Landesregierung, die PendlerInnenförderung unverzüglich auch auf Antragsteller auszudehnen, die nicht in den Genuss einer Pendlerpauschale kommen.

**Erledigung:** Antrag wurde in der letzten Sitzung beschlossen

**ANTRAG** **„Zahl 9, Fahr 12“ für Rumer BürgerInnen**  
Bis zur landesweiten Einführung „Zahl 8, Fahr 12“ soll auf kommunaler Ebene eine Förderung für Jahreskartenbesitzer in Höhe eines Monatsbetrags ab dem Kalenderjahr 2009 eingeführt werden. Damit ermöglichen wir den Rumer PendlerInnen bereits vorab „Zahl 9, Fahr 12“!

**Erledigung:** keine

**ANTRAG** **Ausdehnung der Förderung von Energiesparmaßnahmen auf die Dämmung von Gebäudehüllen im Zuge von Gebäudesanierungen.**

Im Zuge der enormen Erhöhung der Energiekosten soll die Förderung von Energiesparmaßnahmen auf die Dämmung von Gebäudehüllen ausgedehnt werden.

**Erledigung:** Gespräche über die Gestaltung der Fördermaßnahmen stehen an.

**DRINGENDER ANTRAG** **betr. Stellungnahme der Marktgemeinde Rum zur Einrichtung eines Hubschrauberlandeplatzes im Bereich der Privatklinik Hochrum**

**Erledigung:** Antrag wurde zur wesentlichen Substanz eines Schreibens des Infrastrukturausschusses an die Privatklinik Hochrum.

**ANFRAGE** **zur Postamtschließung**  
Die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Rumer Bevölkerung mit Dienstleistungen der Österreichischen Post AG ist uns ein wichtiges Anliegen. Welche Informationen hat die Gemeindeleitung von der Post bezüglich der bevorstehenden Schließung des Postamts im Dorf erhalten?

Welche Informationen liegen bezüglich des Postamts in Neurum vor? Wie wurde darauf bisher reagiert und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?

**Erledigung:** noch keine

**ANTRAG** **Beitritt zum e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden**  
Der Gemeinderat der Marktgemeinde Rum beschließt die Teilnahme am e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden und beauftragt die Gemeindeleitung mit dem raschen Abschluss einer

Basisvereinbarung zwischen der Marktgemeinde Rum und dem Programmträger in Tirol – der Energie Tirol – und mit der Bildung eines e5-Teams in der Marktgemeinde. [...]

**Erledigung:** noch keine

**ANFRAGE** **Kinderbetreuungsangebot Sommer 2009 sowie Betreuungsjahr 2009/2010**

**Erledigung:** Die sehr umfangreiche Anfrage; wurde im Ausschuss beantwortet. Unbefriedigend ist v.a., dass immer noch keine Bedarfserhebung für den Ferienkindergarten erfolgt ist. Das soll erst bis Ende Mai geschehen!

**ANFRAGE** **Regionalbahn**  
Welche neuen Entwicklungen sind der Gemeindeführung bzgl. des Baus der Regionalbahn Innsbruck-Hall bekannt? Welche Streckenführung ist derzeit aktuell? Hat es in den letzten 3 Monaten Gespräche zwischen der Gemeinde Rum und den Innsbrucker Verkehrsbetrieben bzw. der Verkehrsplanung des Landes Tirol gegeben? Mit welchem Baubeginn ist im Bereich der Gemeinde Rum zu rechnen?

**Erledigung:** in der Sitzung beantwortet: keine neuen Entwicklungen

**ANFRAGE** **Fremdwährungskredite**  
Die Gemeinde Rum hat laut Rechnungsabschluss 2008 ca. 92.000 Euro durch Kursverluste aus Fremdwährungskrediten hingenommen. Besteht die Absicht, die weiterhin bestehenden Fremdwährungskredite umzuschulden?

**Erledigung:** in der Sitzung beantwortet: keine Absicht aus den Fremdwährungskrediten auszusteuern



Sie finden alle unsere Anträge inkl. Begründungen, die Gemeinderatsprotokolle, unsere Gemeinderatsberichte und unsere Presseaussendungen auf unserer Web-Site:  
<http://rum.gruene.at>

# Grünes Licht für Europa

## EU-Abgeordnete Eva Lichtenberger im Gespräch

**GRÜNE für Rum:** Eva, Du bist in Hall, direkt in der Rumer Nachbarschaft, aufgewachsen. Welche Erlebnisse verbindest Du mit Rum?

**Lichtenberger:** Vor allem habe ich sehr sehr nette Freunde und Bekannte in Rum, mit denen ich schon seit vielen Jahren in Kontakt bin.

**GRÜNE für Rum:** Du kommst aus der Bürgerinitiativenbewegung, Du warst Landesrätin, Du bist jetzt im Europaparlament. Welche Bereiche der Politik haben Dir am meisten Erfolgserlebnisse beschert?

**Lichtenberger:** In der Bürgerinitiative Haller Luft ist es uns nach langen Debatten gelungen, dass die Röhrenwerke ihre Abluft filtern mussten und die Belastung durch unerträglichen Gestank in Hall deutlich vermindert wurde. Als erste GRÜNE Landesrätin ist es mir gelungen die Energiestandards im Baurecht massiv zu verbessern und wichtige Projekte im ökologischen Hochwasserschutz auf Schiene zu bringen. Jetzt, im Europäischen Parlament, bin ich besonders stolz darauf, dass es mir gelungen ist, die Kontrollen der Lenk- und Ruhezeiten von Fernfahrern europaweit durchzusetzen und Klein- und Mittelbetriebe im IT-Sektor vor einer Prozessflut im Patentrecht zu schützen, indem die Patente auf Computerprogramme verhindert wurden.

**GRÜNE für Rum:** Welche Arbeitsbereiche hast Du in Brüssel betreut? Was sind Deine Erfolge?

**Lichtenberger:** Dass die Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden bei der LKW-Maut künftig angerechnet werden können, war harte Arbeit, aber ein erster Schritt ist getan. Der Konsumentenschutz ist mir wichtig: die irreführende Werbung bzw. Preisauszeichnung von Fluggesellschaften ist nun verboten. Die Gefahren für Babies durch die Sicherheitsgurte in Flugzeugen habe ich zum Thema gemacht und mich für Passagiere mit eingeschränkter Mobilität ins Zeug gelegt.



Foto: Ladstätter/BB

**Eva Lichtenberger und GR Michael Bürkle im März bei einer Aktion gegen die Schließung des Rumer Postamts**

Als Vizepräsidentin der Tibet-Inter-group im Europäischen Parlament stehe ich in Kontakt mit dem Dalai Lama und setze mich für die Rechte der Tibetischen Bevölkerung ein. Besonders vor den Olympischen Spielen haben wir Grüne im EP auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in China aufmerksam gemacht. In engerer Zusammenarbeit mit den gentechnikfreien Regionen in Europa leisten wir gegen die Kommission ständigen Widerstand, wenn wieder eine neue Genpflanze auf den europäischen Markt gepresst werden soll!

**GRÜNE für Rum:** Eine Zeitung hat Dich zu den „faulen“ Abgeordneten gerechnet. Was sagst Du dazu?

**Lichtenberger:** Diese Zeitung hat als Kriterium einerseits die Unterschrift auf der Anwesenheitsliste im Plenum und andererseits die Anwesenheiten in den Ausschüssen herangezogen und auf dieser Grundlage die Reihung vorgenommen. Dabei wurde nicht berücksichtigt, dass meine Ausschüsse (der Transport- und Rechtsausschuss) teilweise zeitgleich stattfinden! Wie soll das gehen? Darüber hinaus hat eine kleinere Partei wie die Grünen weniger Möglichkeiten Berichte einzubringen,

da die Berichtsvergabe nach einem Punktesystem erfolgt, welches klar die Großparteien bevorzugt. Hätte die Zeitung ein seriöses – und nicht ein politisch motiviertes – Ranking vorgenommen, so würde ich mit meiner parlamentarischen Arbeit bei 18 österreichischen Abgeordneten klar unter den ersten 10 liegen. Eine andere österreichische Zeitung hat mich erst kürzlich zur Quotenqueen unter den österreichischen EU-Abgeordneten auf Facebook gekürt.

**GRÜNE für Rum:** Warum hat es die Tiroler Politik immer noch nicht geschafft, ein wirksames Mittel gegen den Transit zu entwickeln? Was läuft falsch?

**Lichtenberger:** Die Politik des Landes Tirol (ÖVP) und der Bundesebene hat sich im Wesentlichen immer in Ankündigungen und Angriffen auf die EU erschöpft, aber hat ihre eigenen Kompetenzen nicht einmal ausgeschöpft. So ist zum Beispiel laut EU-Recht eine LKW-Maut im Unterland möglich, wurde aber noch nie eingeführt, da wohl einige heimische Frächter heftig interveniert hatten. Das ist ein ziemlicher Schlag gegen die Glaubwürdigkeit. Der ständige Verweis auf den BBT löst das Pro- ▶▶

blem natürlich auch nicht. Fehler in der Transitpolitik werden auf allen politischen Ebenen gemacht. Auch die EU kann man nicht ausnehmen, weil nach wie vor einige Staaten – vor allem die neuen Mitgliedstaaten und Italien – auf „freie Fahrt“ auf allen Straßen drängen.

**GRÜNE für Rum:** Immer noch gibt es Streit um den Tiroler Müll. Wer hat eine sinnvolle Tiroler Mülllösung vergeigt?

**Lichtenberger:** Das sind vor allem jene, die noch immer daran glauben, dass Tirol eine Müllverbrennungsanlage braucht und alle anderen die Umwelt schonenderen Lösungen blockieren.

**GRÜNE für Rum:** Was sind Deine Ziele für die nächste Amtsperiode im EU-Parlament?

**Lichtenberger:** In den nächsten Jahren werden soziale Fragen im Fokus stehen. Seien es die Arbeitszeitrichtlinien, Arbeitsplatzschaffung oder Gesundheitssysteme für Europa. Das darf auf keinen Fall gegen Maßnahmen im Klimaschutz ausgespielt werden und deshalb werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass Klimapolitik im Verkehr eine Rolle spielt! Die Politikfelder Klima-, Energie- und Verkehrspolitik dürfen nicht getrennt voneinander abgehandelt werden. Künftig wird auch die Verrechtlichung des Internets eine große Rolle spielen – Datenschutz, Überwachung, Cybercrime und Downloads sind nur einige Stichworte dazu.

**GRÜNE für Rum:** Danke für das Gespräch.



Eva Lichtenberger im politischen Gespräch



## Wollen Sie mitmachen?

**Wollen Sie Ihren Lebensraum gestalten?  
Die Rumer GRÜNEN sind eine offene Gruppe.  
Wir laden Sie herzlich ein!**

Wir treffen uns am  
**Donnerstag, den 18. Juni 2009 um 19 Uhr**  
im Restaurant „Il Dottore“ (Neurum, Innstr./Austraße)

Ihre Rumer GRÜNEN

### Zum Schmunzeln

Neu-Gemeinderat Huber (ÖVP) versucht sich bemerkbar zu machen. Nachdem er in der letzten Gemeinderatssitzung die beiden Fraktionskolleginnen Margarethe Birkel und Ulrike Resch-Pokorny bereits – ganz in Chefmanier – als seine „Mitarbeiterinnen“ bezeichnet hat, hat er nun auch ein „Bürgertelefon“ installiert. Ja, die Gemeinderatswahl 2010 wirft ihre Schatten voraus. Kurz vor der Wahl will auch die ÖVP erreichbar sein. Ob das fünf müde Jahre wettmacht?



Sorry, aber uns ist das Geld ausgegangen ...

Yeh'oe